

Begagspreis*) monatl. M.
bei der Geschäftsf. 670000
eider Ausgabe 7000000
durch Zeitungsb. 7300000
durch Post . . . 7486000
einschl. Postgebühren
aus Ausland 11000000 v. M.
deutscher Währg. nach Kurs

*) Obige Preise gelten als Grund-
preise. Verlag und Post haben das
Recht, bei weiterer Belieferung
eine Nachforderung zu erheben.

Fernr. 2273. 3110. Telegr.-Abt.: Tageblatt Posen.

Bei höherer Gewalt, Betriebsförderung, Arbeitsniederlegung oder Aussperrung hat der Besitzer keinen Anspruch auf Nachlieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises.

Die Politik der Woche.

Leipziger Frühjahrsmesse. — Lloyd George, deutsche und englische Arbeitslosigkeit. — Briefwechsel Mac Donald — Poincaré. — Militärkontrollnote und Internationalisierung der Rheinlande. — Alter und neuer Reichstag.

Leipziger Frühjahrsmesse. In den riesigen Ausstellungshallen stehen sich Waren und Menschen. Die Wände dröhnen von der Arbeit der Maschinen, geladen mit tauend-fäller Energie. In der Tat: ein ungeheueres Mass von gewerblichem und industrialem Fleiß ist hier geleistet. Es scheint, als ob die deutsche Wirtschaft und Technik in diesem Frühjahr der Welt wieder zeigen will, daß deutsche Arbeit und beste Qualität sich unbedingt decken, daß mit einem Wort nicht nur finanziell, sondern auch wirtschaftlich für Deutschland die Inflation vorüber ist. Das deutsche Volk hat den Willen und das können zur Arbeit.

Ob allerdings dem ungeheuren Warenaangebot der Messe, die Zahl der Aussteller beträgt weit über 14000, eine genügende Anzahl von Käufern (Kauflustige sind genug vorhanden) entsprechen wird, bleibt abzuwarten. Mit der Einführung der Goldwährung wurde Deutschland mit einem Salut aus dem billigen zu dem teuersten Lande der Welt, die mit der Umstellung verbundene schwere Arbeitskrise, deren Ausbruch in der Inflationszeit künstlich hinausgeschoben wurde, ist noch keineswegs behoben, obwohl sich in einzelnen Industrien die Produktion langsam wieder erhöht. Noch sind über 3 Millionen Arbeitslose bitterster Not überantwortet. Aber auch das beweist die Leipziger Messe die Hoffnung besteht, daß wirtschaftliche und technische Tüchtigkeit die Umgestaltung der Fahr konstruktiv so durchführt, daß der Weltmarkt die deutsche Ware nicht mehr entbehren kann und damit einem überwältigten Lande wenigstens einigermaßen die notwendigste Arbeit gesichert wird.

Waren in der Welt die Gesetze der produktiven Arbeit herrschend, die Leiden und Schäden des Krieges wären längst geheilt. Aber was nutzen alle wirtschaftlichen Erkenntnisse, alle Schwerpunktgenauschüsse und schönen Reden von der Dringlichkeit, den aus den Fugen geratenen weltwirtschaftlichen Prozess wieder zusammenzuleiten solange die Politiker mit groben Stiefeln den komplizierten Organismus des weltwirtschaftlichen Zusammensanges zerstampfen. Lloyd George ist ein guter wirtschaftlicher Sachverständiger. Er bezeichnet in einer interessanten Studie über den Handel und die Arbeitslosigkeit in England die Zahl der arbeitsfähigen englischen Arbeitslosen auf 1500000 und er fügt hinzu, daß in dieser Zahl nicht die 70000 Männer eingerechnet sind, die vor dem Kriege als Mitbewerber auf dem Arbeitsmarkt in Frage kamen, jetzt aber infolge ihrer Kriegsschäden arbeitsunfähig sind und von der englischen Allgemeinheit ernährt werden müssen. Lloyd George stellt wieder mit erfreulicher Offenheit fest, daß in England nach 3 Jahren einer beispiellosen wirtschaftlichen Flankentiefe die Zahl arbeitsloser kräftiger Männer in England höher ist, als sie jemals war. Damit rückt das „siegreiche“ England an die Seite des „besiegten“ Deutschlands. In Frankreich gibt's keine Arbeitslosen, vielmehr muß dieses entvölkerte Land einen gut Teil seiner Arbeitskräfte aus anderen Ländern importieren.

Hebt Lloyd George also nunmehr die Konsequenzen aus diesen Tatsachen? Neineswegs! Er erklärt nur: mehr wie jedes andere Land ist England vom internationalen Handel abhängig; dann aber beginnt er sich mit ein paar Phrasen über eine „kommende Zeit“ in der eine ruhige und entschlossene Führung der Gesamtlage möglich ist. Längst hat sich herausgestellt, daß die deutsche Konkurrenz wohl einigen englischen Kaufleuten läufig sein kann, daß aber dieser Schaden gar nichts bedeutet gegenüber dem Schaden, den die Gemeinheit des englischen Volkes durch den Aussöhnung des deutschen Marktes seit Jahren erlitten hat. In diesem Punkt hat England den Krieg ebenso verloren wie Deutschland, Frankreich ist der lachende Zuschauer.

Wird der freundschaftliche Briefwechsel Mac Donalds und Poincarés die Wunden der Welt heilen? Es sieht nicht danach aus. Vielmehr scheint hier nach dem Grundsatz verfahren zu werden, daß zwei, die sich nicht einigen können, zum Zeichen ihrer „Einigkeit“ über einen dritten herfallen. Nur das amtliche Organ der deutschen Sozialdemokratie, der „Vorwärts“, bemüht sich tüchtig, seine Leser von der „großen Politik“ des englischen Scheingeschossen zu überzeugen (es ist auf die „Europapolitik“ ebenso hereingefallen wie auf die „Friedenspolitik“ Wilsons). Aber vorerst offenbart sich die Initiative des englischen Arbeitspremiers in Sachen der europäischen Sanierung in der Deutschland überreichten Militärkontrollnote, welche die französischen Wünsche voll erfüllt und einen glatten Vertragsschluss darstellt. Es wird weiter entwaffnet, wo nichts mehr zu entwaffnen ist; Poincaré (zwar mehr Versrites ähnlich als Achill) aber droht, von Kopf bis zu Fuß gewappnet, durchs Gefilde, und der Sozialist Mac Donald drückt ihn liebevoll an die machlose Brust. In der endgültigen Regelung der Reparationsfrage aber ist man noch keinen Schritt weiter gekommen; die „Sachverständigen“ sind sich, soweit sich die bisherigen Meldungen übersehen lassen, uneins und

Poener Tageblatt

(Posener Warte)

Geschenk
an allen Werktagen.

Anzeigenpreis:
1. d. Millimeterzeile im
Anzeigenteil nachhalt
Polen 100000 M.
Reklameteil 250000 M.
*) Sonderplatz 50% mehr

für Aufträge | Millimeterzeile im Anzeigenteil 100000 M.
aus Deutschland | *) Reklameteil 250000 M.
in deutscher Währung nach Kurs.
Postcheckkonto für Polen: Nr. 200233 in Posen.
Postcheckkonto für Deutschland: Nr. 6184 in Breslau.

Drohungen gegen das Kabinett Grabski.

Der neue Kampf um Piłsudski. — Der Antrag des Generals Sikorski.

„Wir lassen uns das nicht gefallen...“

Wie wir in unserer gestrigen Ausgabe („Pos. Tagebl.“ Nr. 61 vom 12. März 1924) berichtet haben, hat der General Sikorski in der Montagsitzung des Ministerrates einen Antrag eingebracht, der die Organisation der obersten Militärbehörden umschreiben soll. In diesem Antrag wird beantragt, einen Generalinspektor der Armee zu schaffen, der mit verschiedenen Vollmachten ausgerüstet werden soll. Am meisten Aufregung hat in gewissen Kreisen der Sack ausgelöst, der davon spricht, daß der Chef des Generalstabes und die Armeekommissare von diesem Generalinspektor abhängig seien sollen. (In unserer Zeitung ist gestern ein Überzeugungsscholar unterlaufen. Es muß heißen „abhängig“, nicht „unabhängig“).

Eine Forderung dieser Art ist natürlich von weittragender Bedeutung, und schon heute macht man sich Gedanken darüber, wen nun zu diesem Generalinspektor gemacht werden soll und worum ihm eine so weitgehende Vollmacht gegeben wird. Der „Kurier Poznański“, der ja das Gras wachsen hört und alle Geheimnisse, als ein nationaler Prophet bereits im voraus weiß, beschäftigt sich ganz energisch mit diesem Generalinspektor der Armee und vermutet als kommenden Mann — Herrn Piłsudski. Diese Vermutung ist heute noch verfrüht, um überhaupt diskutiert zu werden —, da sie aber in die Debatte geworfen wird, da man wieder beginnt, die Bevölkerung dementsprechend zu beeinflussen, und eine großzügige Agitation organisiert, ist es heutzutage wichtiger als je, darüber zu berichten.

Um so schlimmer ist diese Unruhigung der Bevölkerung, die sie Drohungen gegen die gegenwärtige Regierung enthält und dem Kabinett Grabski die Fehde ankündigt, falls man sich mit dem Gedanken Piłsudski näher befassen sollte. In einer neuen Meldung aus Warschau weist der „Kurier“ zu berichten, daß über den Antrag des Generals Sikorski bei den obersten Militärbehörden erneut Zweifel geweckt sein sollen. In politischen Kreisen soll man den Antrag als ein „verantwortenes Projekt“ betrachten. Die Behauptung, daß die Geschäftsfähigkeit der Armee nur dadurch erhalten werden könne, daß eine „hohe militärische Autorität“ erreicht werden müsse, „die nur durch die Schaffung eines Generalinspektors erreicht werde“, sei trivial und leichtfertig genug, um in Sorge zu geraten. Es heißt dort weiter: „Sich die Funktionen und Berechtigungen des Chefs des Generalstabes stärken sollen, durch eine einfache und logische Fassung der Organisation, mit erweiterten Kompetenzen des Generalinspektors, das ist vollkommen unbegründet. Eine solche geplante Spaltung der Unterordnung wird einem Verschlagen der gegenwärtigen Einheit gleichkommen. Es unterliegt gar keinem Zweifel, daß dies im Sinne der individuellen Ausdauerung des Verfassers und unter dem Gesichtspunkt der Interessen Piłsudskis geschieht. Man weiß nicht, ob angesichts der ratselhaften hohen Berechtigungen des Generalinspektors, die in dem Entwurf enthalten sind, nicht gerade Piłsudski auf diesen hohen Posten bestellt werden soll, um so mehr, als die Abgrenzung des Verhältnisses zwischen dem Kriegsminister, dem Chef des Generalstabes und dem Generalinspektor der Armee sehr unklar sind und die Möglichkeit zu einer öffentlichen Kollision bieten.“

Wir wissen nicht, inwieweit die Informationen des „Kurier“ auf Wahrheit beruhen; wir wissen auch nicht, ob es sich um eine Agitation gegen das Kabinett Grabski handelt, und wir können auch nicht nachprüfen, ob irgendwelche andere Sonderinteressen hier ausschlaggebend sind. Dass man soviel Aufhebens von diesem Generalinspektor macht, gibt zu allerlei merkwürdigen Schlüssen Anlaß. Vor allen Dingen wird aber hier gegen die Regierung Grabski ein schwerer Vorwurf erhoben, der das ganze Sanierungswezen und die intensive Arbeit der Regierung im Augenblick in Gefahr bringen kann.

Viel ernsthafter und klarer spricht der „Kurier Poznański“ in seinem gestrigen Leitartikel über diese Frage, und er schreibt auch vor Drohungen nicht zurück, ganz gleichgültig darum, ob es sich um das Staatsinteresse handelt oder nicht. Wir finden die Angst, daß im Augenblick eine solche Frage nicht vom parteipolitischen Standpunkt zu betrachten ist. Typisch ist hier wieder die vollkommen wirtschaftliche Verkenntnis der Lage von Seiten der Kreise in Polen, die immer noch nicht an den Unschuldsämmeri gehörte, daß er im Gegenteil eine recht aggressive Politik fordert. Aber das ist nur ein Schachzug, der sehr durchsichtig ist: man will die Bevölkerung alarmieren, um das Parteiprestige zu retten, und versteckt dann die Absichten unter dem Mantel der Friedfertigkeit.

Der „Kurier“ stellt in seinem Artikel die Behauptung auf, daß wir aus der wirtschaftlichen Krise heraus sind, daß wir uns quasi erholt haben. Er tut das mit einer Geste, als ob er dazu das meiste beigebracht habe. Wir sind aus der Krise noch lange nicht heraus, wenn auch die Stabilität erreicht ist; wir stehen im Gegenteil mittendrin, und es ist noch nicht an der Zeit, große Jubelhöre zu singen. Es ist gefährlich, heute mit Drohungen um sich zu werben, und es ist gefährlich, heute mit einer Zehde herauszubekommen, die alle Maßnahmen über den Haufen werfen kann.

In einer Zeit wie der gegenwärtigen solche Drohungen in die Welt zu rufen, untergräßt die Autorität der Regierung, bringt die Beziehungen auf die Bank Polski ins Stocken, bringt die ganze Sanierungsaktion in Gefahr. Aber das führt nicht den „Kurier“ nicht, denn es handelt sich um das Interesse seiner Partei. Wir stehen nicht auf dem Standpunkt, daß Herr Piłsudski eine Gefahr für Polen ist; wir stehen auf dem Standpunkt, daß gerade er der Mann ist, der wieder die Arbeit der Regierung unterstützen kann, der ihr noch außen hin nichts Gefahren, sondern neues Vertrauen bringt.

Der „Kurier“ treibt Parteidiskussion um jeden Preis, das zeigt sich auch hier wieder von neuem. Er stellt nicht das Staatswohl an die Spitze seines Programms, er will den Kampf um die Macht, und wir glauben, daß dieser Kampf um die Macht in unserer Zeit das gefährlichste ist, was es nur geben kann. Und daß dieser Kampf um die Macht nicht Glück und Frieden bedeutet, sondern Kampf nach innen und außen, Kampf gegen den Staat, Kampf gegen eine bessere Zukunft.

„Widerstand“ an der Macht hat ebenso wie die Selbsthilfe der polnischen Bevölkerung gezeigt, daß die deutsche Politik keineswegs auf Aktivität zu verzichten braucht. Indessen bereitet sich der deutsche Reichstag darauf vor, wirklichlich zu sterben. Er kann in diesem einen Punkte wenigstens ein gutes Gewissen haben; denn er hat sein biblisches Alter bereits weit überschritten. Was in der letzten Zeit in Deutschland geschah: Befreiung Sachsen und Thüringen vom linksradikalen Terror, Einführung der Rentenmark, Beamtenabbau und Sparmaßnahmen geschah ohne und gegen ihn. Wird seine Zusammensetzung so, daß nicht mehr über die selbstverständlichen und primitivsten Richtlinien einer nationalen Außenpolitik parlamentarisch gefeiert zu werden braucht, dann wird die notwendige Verhüllung des deutschen Volles endlich eintreten, und Putschversuche jeder Art werden sich von selbst erübrigen. Denn das deutsche Volk will nichts anderes von seiner Volksvertretung, als daß diese rücksichtslos seine nationalen Interessen

halten eine gräßliche Anleihe nicht für möglich (eben weil französische Politik und Regelung der Reparation zwei konträre Begriffe sind). Frankreich sieht in der englischen „Internationalisierung der Rheinlande“ eine gute Fortsetzung seiner Gewaltpolitik und „verhandelt“ dementsprechend voll konstümiger Freundschaft mit England, ohne darum die politische Rheingrenze aus den Augen zu verlieren (der russisch-französische Geheimvertrag von 1917 ist ein neuer Beweis für das Rheinziel der französischen Politik).

Deutschland hat allen Anlaß, vor der englischen Völkerbundspolitik Mac Donalds Vorsicht walten zu lassen. Das vertragswidrige Anstreben einer Fortsetzung der Militärkontrolle ist ebenso wie die „Neutralisierung der Rheinlande“ ein Unding. Es spielt praktisch gar keine Rolle, ob man an die Stelle

ministerposten antritt, an die Oberfläche. Demals stellte Piłsudski „Bedingungen“, aus denen die deutsche Abfahrt hervorging, die jetzt so weit als möglich zu übernehmen. Der Bürger soll der Mission Thugutti sich diese Pläne nur vorsätzlich um; denn schon zur Zeit des Ministeriums des Generals Gołkowski wurden die Bemühungen erneuert, die dahin strebten, Piłsudski einen einflußreichen Posten im Heere zu übertragen. In dieser Richtung wurde von den Anhängern Piłsudskis der größte Druck ausgeübt, dem gegenüber leider sowohl General Gołkowski als auch der Staatspräsident weich wurden. Für die nationalen Parteien wäre natürlich die Rückkehr Piłsudskis zur Armee eine Tatsache, die den Übergang zur rücksichtslosen Opposition gegenüber dem Kabinett Grabski verursachen würde. Piłsudski ist der typische Repräsentant der unruhigen, risikoreichen und unberechenbaren Politik, die Polen so viel Unglück brachte, und aus der wir heute mit nicht geringer Mühe herausgeraten sind. Die Notwendigkeit, Polen innerlich zu festigen und auf sichere Grundlagen zu stellen, und die Auslandslage erfordert von uns eine zweckmäßige und enkreiche, aber ruhige und friedliche Politik.

Piłsudski in einflußreicher Stellung, das große Verwirrungen noch innen und Unfriede nach außen. Das können wir uns auf keinen Fall erlauben. Es wäre also absolut unannehmbar, wenn man im Zusammenhang mit den Projekten über die Organisation der obersten Militärbehörden beabsichtigt sollte, diese Möglichkeit wieder anzutreten. Bei der Durchsicht der zitierten Punkte des Antrags des Generals Sikorski stoßen wir auf dem vierten Punkt, der die Schaffung des Postens des Generalinspektors der Armee vorstellt, dem breite Kompetenzen gegeben werden bezüglich der kriegerischen Vorbereitungen und der Operationspläne, dem ein Einfluss ausgesichert wird auf die Ausbildung der Armee und auf persönliche Angelegenheiten. In diesen Angelegenheiten sollen dem Chef des Generalstabs und die Armeekommissare von ihm abhängig sein. Da wir die Vorbereitungen Piłsudskis kennen, müssen wir die Befürchtungen anstrengen, daß wieder aufzutreten, um diesen sehr einflußreichen Posten zu geben. Die große Ausdauer, durch die sich die bisherigen Versuche auszeichnen, rechtfertigen unsere Befürchtung in vollem Umfang. Und deshalb erklären wir, um alle Zweifel auszuschließen, gegenüber dem Kabinett Grabski unsere rücksichtslose Opposition, falls es in irgend einer Weise den Versuchungen Piłsudskis zur Hand gehen sollte.“

Es hört sich merkwürdig an, wenn wir plötzlich vom „Kurier“ hören, daß Polen eine friedliche Politik treiben muss, um bestehen zu können. Sonst stand ja der „Kurier“ auf dem Standpunkt, daß es nicht unbedingt nötig sei, friedlich und tolerant zu bleiben, daß man durch scharfes Auftreten viel mehr erreichen könnte. Und wenn wir uns die letzte Zeit ansehen, so wissen wir, daß zum Beispiel in den Minderheitenfragen der „Kurier“ durchaus nicht zu den Unschuldsämmeri gehört, daß er im Gegenteil eine recht aggressive Politik fordert. Aber das ist nur ein Schachzug, der sehr durchsichtig ist: man will die Bevölkerung alarmieren, um das Parteiprestige zu retten, und versteckt dann die Absichten unter dem Mantel der Friedfertigkeit.

Der „Kurier“ stellt in seinem Artikel die Behauptung auf, daß wir aus der wirtschaftlichen Krise heraus sind, daß wir uns quasi erholt haben. Er tut das mit einer Geste, als ob er dazu das meiste beigebracht habe. Wir sind aus der Krise noch lange nicht heraus, wenn auch die Stabilität erreicht ist; wir stehen im Gegenteil mittendrin, und es ist noch nicht an der Zeit, große Jubelhöre zu singen. Es ist gefährlich, heute mit Drohungen um sich zu werben, und es ist gefährlich, heute wieder eine Zehde herauszubekommen, die alle Maßnahmen über den Haufen werfen kann. In einer Zeit wie der gegenwärtigen solche Drohungen in die Welt zu rufen, untergräßt die Autorität der Regierung, bringt die Beziehungen auf die Bank Polski ins Stocken, bringt die ganze Sanierungsaktion in Gefahr. Aber das führt nicht den „Kurier“ nicht, denn es handelt sich um das Interesse seiner Partei. Wir stehen nicht auf dem Standpunkt, daß Herr Piłsudski eine Gefahr für Polen ist; wir stehen auf dem Standpunkt, daß gerade er der Mann ist, der wieder die Arbeit der Regierung unterstützen kann, der ihr noch außen hin nichts Gefahren, sondern neues Vertrauen bringt.

Der „Kurier“ treibt Parteidiskussion um jeden Preis, das zeigt sich auch hier wieder von neuem. Er stellt nicht das Staatswohl an die Spitze seines Programms, er will den Kampf um die Macht, und wir glauben, daß dieser Kampf um die Macht in unserer Zeit das gefährlichste ist, was es nur geben kann. Und daß dieser Kampf um die Macht nicht Glück und Frieden bedeutet, sondern Kampf nach innen und außen, Kampf gegen den Staat, Kampf gegen eine bessere Zukunft.

„Widerstand“ an der Macht hat ebenso wie die Selbsthilfe der polnischen Bevölkerung gezeigt, daß die deutsche Politik keineswegs auf Aktivität zu verzichten braucht.

Indessen bereitet sich der deutsche Reichstag darauf vor, wirklichlich zu sterben. Er kann in diesem einen Punkte wenigstens ein gutes Gewissen haben; denn er hat sein biblisches Alter bereits weit überschritten. Was in der letzten Zeit in Deutschland geschah: Befreiung Sachsen und Thüringen vom linksradikalen Terror, Einführung der Rentenmark, Beamtenabbau und Sparmaßnahmen geschah ohne und gegen ihn. Wird seine Zusammensetzung so, daß nicht mehr über die selbstverständlichen und primitivsten Richtlinien einer nationalen Außenpolitik parlamentarisch gefeiert zu werden braucht, dann wird die notwendige Verhüllung des deutschen Volles endlich eintreten, und Putschversuche jeder Art werden sich von selbst erübrigen. Denn das deutsche Volk will nichts anderes von seiner Volksvertretung, als daß diese rücksichtslos seine nationalen Interessen

halten eine gräßliche Anleihe nicht für möglich (eben weil französische Politik und Regelung der Reparation zwei konträre Begriffe sind). Frankreich sieht in der englischen „Internationalisierung der Rheinlande“ eine gute Fortsetzung seiner Gewaltpolitik und „verhandelt“ dementsprechend voll konstümiger Freundschaft mit England, ohne darum die politische Rheingrenze aus den Augen zu verlieren (der russisch-französische Geheimvertrag von 1917 ist ein neuer Beweis für das Rheinziel der französischen Politik).

Deutschland hat allen Anlaß, vor der englischen Völkerbundspolitik Mac Donalds Vorsicht walten zu lassen. Das vertragswidrige Anstreben einer Fortsetzung der Militärkontrolle ist ebenso wie die „Neutralisierung der Rheinlande“ ein Unding. Es spielt praktisch gar keine Rolle, ob man an die Stelle

Vom Sejm.

In der Dienstagssitzung des Sejm teilte der Marschall mit, daß der Kriegsminister den Gesetzesentwurf über die Organisation der Militärbehörden zurückgezogen habe. Die Abstimmung über das Arbeitslosenversicherungsgesetz wurde nach erstaunlicher Aussprache bis zur nächsten Sitzung vertagt. Abg. Posacki von der Polnischen Volkspartei hielt ein längeres Referat über die Hilfe des Staates beim Wiederaufbau. Nach einer Rede des Leiters des Ministeriums für öffentliche Arbeiten wurden die Bevölkerungen verpflichtet, und man ging zum Dringlichkeitsantrag über die Beschleunigung des Hafenbaus in Gdingen über. In dieser Angelegenheit wurde mit der Dringlichkeit des Antrages eine entsprechende Entschließung angenommen. Zum Schluß der Sitzung wurde ein Appell des Abgeordneten Gruszka von der Polnischen Volkspartei über die Übernahmepflichtigkeit angenommen. Der Leiter des Ministeriums für öffentliche Arbeiten ergriff in dieser Angelegenheit das Wort und erklärte, daß die Regierung eine Reihe von Maßnahmen getroffen habe.

Der Innenminister hat die Missionierung der Gemeinde der Konfessionslosen in Warschau versagt.

Das Finanzministerium hat die Erhöhung erhalten, die zweite Emission der Provinzialen Finanzbonds bis zur Gesamtsumme von 45 Millionen Złoty zu erhöhen.

Die Feiertage in Polen.

Der Ministerrat nahm am Montag das Gesetz an, das die Zahl der wirtschaftlichen Feiertage wiederum festlegt: Neujahr (1. Januar), Heilige Drei Könige (6. Januar), Matzgauerstag (13. Mai) Christi Himmelfahrt, Kreuzabnahme, Peter und Paul, Maria Himmelfahrt (15. August), Allerheiligen (1. November), Maria Empfängnis (8. Dezember) und der erste Weihnachtsfeiertag.

Heilige Drei Könige, Christi Himmelfahrt, Peter und Paul, Maria Himmelfahrt, Allerheiligen und Maria Empfängnis können in Ansätzen, in denen die Angehörigen römisch-katholischen Bezeichnungen die Minderheit bilden, auf Unraa verlegt werden.

Die Organisation der obersten Militärbehörden.

Der Ministerrat hat in Bezug der Annahme des Entwurfs über die Organisation der obersten Militärbehörden zu Friedenszeiten folgenden Wortlaut des berreichenden Teiles vom Statut des Kriegsministeriums angenommen: „Zum Kriegsministerium gehören: Generalstab, oberste Bewilligungsleitung, das Corps der Kontrolleure, die Departemente und die Leitung der Kriegsmarine. Der Chef des Generals ist leitender Leiter der Arbeiten des Generalstabs und ist ständiger Vertreter des Kriegsministers in Angelegenheiten die mit der Führung des Heeres auf Betr. des Friedens verbunden sind, in Angriff neuer, die vom Kriegsminister bestimmten werden. Der Chef der Heeresverwaltung leitet im Namen des Kriegsministers die Verwaltung des Heeres. Der Chef der Heeresverwaltung verfügt im Prinzip den Kriegsminister gegenüber dem Sejm und in der Regierung. Der Chef des Kontrollenkorps, das im Namen des Kriegsministers die Kontrolle über die gesamte Verwaltung des Heeres ausübt. Die oben erwähnten Chefs unterstehen direkt dem Kriegsminister. Wie die direkte Abhängigkeit des Departementschefs und des Leiters der Kriegsmarine entschieden der Minister.“

Im Sinne des Minnerratsbeschlusses über die Organisation der oberen Militärbehörden erhält die Hauptmilitärkontrolle eine Umgestaltung. Der Chef des Corps der Militärkontrolle in der Eigenschaft eines Büroministerialsekretärs ist mit vorausgehender Zustimmung des Finanzministers aquivalent worden. Im Kriegsministerium verbleibt das Corps der Kontrolleure mit einem Mitglied an der Spitze, als direktes Arbeitselement des Kriegsministeriums. Die Militärkontrolle selbst erhält nach Vereinbarung ihrer Tätigkeit mit der obersten Kontrollkammer des Staates und nach Überweisung einer ganzen Reihe von Funktionen an die Lipce, im Sinne der schon vom Kriegsminister getroffenen Maßnahmen eine Reduktion von ungefähr 40 Prozent. Alle Verwaltungsfunktionen, die bisher in der Hauptmilitärkontrolle gruppiert waren, werden der Oberleitung der Verwaltung übertragen. Über deren Vereinfachung und zweckmäßige Umgestaltung schon seit drei Wochen im Kriegsministerium eingehende Studien gemacht worden sind. Diese Umgestaltung wird allgemeine Ersparnisse bringen und in beträchtlichem Maße die Verwaltung des Corps verbessern, besonders zu Gunsten der Einzelabteilungen.

1 Dollar	= 9300 000 Mfp.
1 Valorisationsfrank ..	= 1 800 000 Mfp.
1 Goldfrank (Zloty) ...	= 1 729 000 Mfp.
1 Danziger Gulden ...	= 1 620 000 Mfp.
1 Goldmark	= 2 215 000 Mfp.

Mente.

Roman von E. Vely.

(16. Fortsetzung.) (Nachdruck untersagt.) „Ja — seine Leute verdachten es ihm nicht. Um Celine war alt geworden über dem Warten um Sorgen um der Arbeit — na, sie hatte doch ihren Preis getragen — ihre Existenz, sagten die Menschen.“

„So — geht es in der Welt zu?“

„Manchmal, man kann auch sagen: meistens!“

Die kleine Puhmamfell hatte die Hände geballt und brachte sie gegen die Brust. Ein seltsames Leuchten war in ihren blauen Augen.

„Fräulein Agate! — wie atemlos kam es über die blau gewordenen Lippen, — warum hat sie denn ihm — ihm nichts getan, warum hat sie es ertragen?“

Ein Achselzucken.

„Stolz tun konnte sie nich — da war doch die arme Lähme Lene — und was gegen ihn ausführen? Ja, es gibt welche, die laufen in den Kanal und denken, um solch einen Luniven is ihnen die ganze Welt zuwider! Un andere, die gehn denn nach der Braut hin und sprechen von älteren Rechten und werden meistens ausgelacht und die Treppe hinuntergeworfen, auf der sichne Leppiche liegen. Da fallen sie denn noch ziemlich weich und können mit halbzerschundenen Gliedern in ihrem Hinterhaus wieder in die Höhe slettern — und wieder welche, die machen ein öffentliches Geschrei an der Kirche oder vor dem Hause der Braut. Dann läuft der Pöbel zusammen und hat sein Bergnügen. Geändert wird doch nichts damit.“

Eine tiefe Stille wieder; die beiden beugten sich auss neuer über ihre Arbeit.

„Celine,“ sagte dann Agate, „hat um den Lumpen einen guten Menschen nach Hause geschickt; das geht immer so. Später is er dann nich wiedergekommen — das war ihm ja auch nich zu verdenken.“

„Ich — ich wußte schon, was ich täte — einem solchen solchen Vertreter!“

Eine Anleihe für Polen?

Das Tabakmonopol als Sicherheit.

Einer Warschauer Meldung zufolge wurde am 6. d. Ms. in der „Banco Commerciale Italiano“ in Rom ein Abkommen über eine Anleihe von 100 Millionen Lire für Polen unterzeichnet. Die Anleihe ist durch die Einnahmen des Tabakmonopols gesichert. Außerdem besteht die Versicherung, daß die Ausläufe von Rohstoffen bei dem die Anleihe gewährbenden Konsortium gestoppt werden, das diese Waren in gleicher Qualität und zu gleichem Preise wie auf dem internationalen Markt liefert.

Die „Starboferm“-Affäre.

Eine Feststellung Michalskis.

Wie bekannt, ist der ehemalige Finanzminister Michalski in einer etwas unüblichen Affäre miterhalten, die die Verschiebung des staatlichen Anteils an der „Starboferm“-Gesellschaft beurteilt. Wie nun die „Par“ meldet, stand gestern eine Sitzung der Budgetkommission statt, in der vom Vorsitzenden ein Brief Michalskis vorgelesen wurde. In diesem Brief stellt Michalski fest, daß der Bevölkerung auf Grund dessen die Aktien der „Starboferm“, die sich in staatlichem Besitz befinden, der Landeskasse überwiesen wurden, ein im Juli 1921 geachtet worden sei, als er nicht mehr Mitglied der Regierung war. Außerdem teilt Michalski mit, daß er das Mandat eines Aufsichtsratsmitgliedes der „Starboferm“ niedergelegt.

Was Litauen über Memel denkt.

Eine Rede des Barons Silius.

Der frühere Vorsitzende der Außenkommission des Sejm, Baron Stanislaus Silius, sprach in der Aula der Kownoer Universität über die Memelfrage. Er gab zunächst einen eingehenden historischen Überblick über den Untergang des ehemaligen litauischen Reichs, dessen Hauptstadt vorüberig Polens gegenüber erschien, das mit allen Mitteln auf die Okkupation und Vernichtung Litauens hinarbeitete. Leider unterschreibt sich die heutige litauische Diplomatie in ihrer ständigen Nachgiebigkeit nicht sehr von der damaligen. Als Beweis hierfür zählt der Redner eine Reihe von Schriften der heutigen Diplomatie Litauens auf. Insbesondere führte er die „Entschließung der Votschaftskonferenz“ vom 16. Februar 1922 hinsichtlich der Memelfrage an, die Litauen vorbehaltlos angenommen habe. Damit habe die litauische Regierung einen großen Fehler begangen. Bei der Verabsiedlung des Beschlusses der Votschaftskonferenz (Silius war damals Vorsitzender der Außenkommission des Sejm), sei man sich der großen Gefahr nicht bewußt gewesen, die durch die Annahme des Beschlusses Litauen erwachte. Erst jetzt erkennen man die Folgen. Besonders anschaulich sei die Gefahr durch die Rede gemorden, die der Vorsitzende der Memelkommission des Völkerbundes Tamis auf dem Kongress von Brest verhafte habe. Davis habe, so behauptet Silius, schon vor dem Verlassen Amerikas nach Polen gefahren, die den Frieden verfolgten, Litauen in das Netz Polens hineinzuziehen. Die Reise nach Memel habe Davis nur unternommen, um Argumente zugunsten Polens (?) zu sammeln. Selbst wenn er 99 Prozent Argumente zugunsten Litauens gesammelt haben sollte, so würden alle 99 Prozent nicht beachtet werden, sondern nur das eine Prozent zugunsten Polens. Der Redner ging dann die einzelnen Vorschläge von Davis zur Lösung des Memelproblems genau durch und erklärte zum Schluß, daß das vorgelegte Projekt auf eine wirtschaftliche und militärische Kontrolle Litauens hinauslaufe. Die Vorschläge Davis mühten sofort abgelehnt werden. Keine Macht könne Litauen zwingen, derartige Forderungen anzunehmen. Zum Schluß seines Vortrages erklärte Silius, daß die litauische Politik in der Memelfrage einer gründlichen Revision unterzogen werden müsse. (!) Es müsse eine klare Linie ausgearbeitet und verfolgt werden, dann würde Litauen auch Freunde finden, die es vertheidigen und unterstützen würden.

Der Vorsitzende Professor Fabronius aus Kasan verfaßte ein Memorandum des litauischen Komitees zur Stützung der Idee des Völkerbundes, das an den Völkerbund gerichtet ist. Darin werden die große Bedeutung, die das Memelgebiet für Litauen habe, und die Forderungen Polens dargelegt und gezeigt. Polens Bestrebungen sei es, Litauen einzustreuen und zu okkupieren. Das Memorandum schließt mit der Bitte an den Völkerbund, Litauen in seinen gerechten Forderungen zu unterstützen.

Professor Herba aus Kasan führte aus, die in weiten Bevölkerungsgruppen bestehende Unkenntnis der Lage finde ihre Erklärung in der Beschränkung der öffentlichen Meinungsfreiheit und der Presse.

Der frühere Staatspräsident Smetona führte aus, das Memelproblem sei in drei Teile zu gliedern. Über die erste Frage, die Memelfrage, berichte viel Unkenntnis. Die zweite Frage betreffe die Rückerstattung der Besatzungskosten des Memelgebietes an die Kronosofen. Die dritte Frage, die wichtigste, sei ein weiterer Teil der deutschen Memelländer.

Amerikanische Banken haben in der letzten Zeit verschiedentlich Anträge durch Brief und Kabel von deutschen Banken erhalten, ob die Gerüchte auf Wahrheit beruhen, die hier im Umlauf sind, dahingehend, daß amerikanische Banknoten an der Kurss gesetzt werden sollen. Um weitere unnötige Anfragen zu vermeiden, teilt die Verwaltung der „Equitable Trust Company of New York“ folgendes mit: „Was Polen zu den Gerüchten geben haben mag, kann die Tatsache sein, daß die Zweidollarnoten nicht mehr hergestellt werden, so daß sie also nicht mehr in Umlauf gesetzt werden können. Nichtdestoweniger sind die im Umlauf befindlichen Dollarnoten weiter gültig. Unser Wissen sind bisher noch keine Dollarbanknoten und auch keine Dóllarmünzen außer Kurss gesetzt worden, und trotzdem noch den hiesigen Gesetzen ein solches Vorgehen möglich wäre, glauben wir nicht, daß im Einklang mit der bisherigen Gevollgenheit in absehbarer Zeit eine Währungssatzung von Dollarnoten oder -münzen in Fragen kommen würde.“

zu wahrnehmen habe. Des weiteren berichtete Silius, daß er den Optimismus des Referenten Silius, Polen würde es nicht wagen, Gewalt gegen Litauen anzuwenden, nicht teilte.

Professor Kreve-Mitkevicius, der Chef der litauischen Außenverwaltung (Saulius Cajungas) ist demgegenüber der Ansicht der Befragenden. Polen werde es nicht wagen, gegen Litauen vorzugehen, weil es Müßiggang fürchtet. Die größten Feinde Litauens leben im Ausland zu suchen. Die inneren Feinde wollen Litauen in die Hände Polens werfen.

Zum Schluss der Aussprache erklärt Baron Silius, die Interpellation im Sejm wegen der Memelfrage und darüber an den Völkerbund gerichtete Memorandum seien die ersten nachdrücklichen Schritte, die in der Angelegenheit der Memelfrage getan worden seien. 1½ Jahre habe er Gelegenheit gehabt, die Außenpolitik Litauens zu verfolgen und er habe nicht einen einzigen gleichen und klaren Schritt der litauischen Diplomatie gefunden. Die Schuldbier für sein Sinar zu suchen, daß die litauischen Diplomaten sämtlich noch sehr jung seien.

Eine Wehrsteuer in Litauen.

Das Finanzministerium hat dem „Ost-Express“ zufolge, ein Gesetzesprojekt ausgearbeitet, welches die Heranziehung der vom Militärdienst Befreiten zu einer besonderen Wehrsteuer vorsieht.

Erschwerung des litauisch-lettändischen Grenzverkehrs.

In letzter Zeit erheben die Unwohner der litauischen Grenze, der „Rig. Rück.“ zufolge, häufig Beschwerden gegen die Erhöhung des nahen Grenzverkehrs durch die litauischen Behörden. Während Lettland Grenzscheine mit dreimonatiger Gültigkeit ausstellt, gelten die litauischen Scheine nur auf einen Monat. Außerdem kostet sich Litauen für einen Grenzübergang 20 Rubel im Monat zuahen. Lettland erhebt dagegen nur 50 Rubel für drei Monate. Aus diesem Anlaß hat sich das Außenministerium an das Außenministerium gewandt, das bei der litauischen Regierung gegen die Erhöhung des Grenzverkehrs Einspruch erhoben hat.

Aus der Sowjetunion.

Darowski bei Kalinin. — Übergabe des Beglaubigungsschreibens.

Am Sonnabend erwartete der neu ernannte Gesandte Polens in Moskau, Darowski, den Präsidenten des Exekutivkomites der Sowjetunion, Kalinin, sein Beglaubigungsschreiben. Hierbei wies Darowski in einer Ansprache auf die Notwendigkeit hin, die wirtschaftlichen und Handelsbeziehungen zwischen den beiden Ländern im Sinne guter Nachbarschaft zu fördern, nachdem im Frieden von Riga der erste Schritt in dieser Richtung gemacht wurde. Darowski sprach die Hoffnung aus, daß die wirtschaftliche Zusammenarbeit Polens mit der Sowjetunion in der Atmosphäre des Friedens und Vertrauens für beide Länder und die gesamte Menschheit wohltragende Ergebnisse zeigen werde.

In seiner Antwortrede begrüßte Kalinin mit Gemüthsruhe die Erklärung des polnischen Gesandten und hob hervor, daß die Bemühungen Polens um eine Annäherung an die Sowjetunion bei der Sowjetregierung vollstes Verständnis und allseitige Unterstützung finden werden. Kalinin sprach seine Willigung der Ansicht aus, daß eine loyale Durchführung des Rigaer Vertrages die Vorbereitung für gute friedliche Beziehungen zwischen den beiden Ländern sei, und er hoffte, daß alle Hindernisse, die sich der gegenwärtigen Annäherung in den Weg stellen, beseitigt würden. Darauf empfing Kalinin in Anwesenheit des tschechoslowakischen Darowski im Privat-audienz.

Keine Außerkurssetzung amerikanischer Banknoten.

Amerikanische Banken haben in der letzten Zeit verschiedentlich Anträge durch Brief und Kabel von deutschen Banken erhalten, ob die Gerüchte auf Wahrheit beruhen, die hier im Umlauf sind, dahingehend, daß amerikanische Banknoten an der Kurss gesetzt werden sollen. Um weitere unnötige Anfragen zu vermeiden, teilt die Verwaltung der „Equitable Trust Company of New York“ folgendes mit: „Was Polen zu den Gerüchten geben haben mag, kann die Tatsache sein, daß die Zweidollarnoten nicht mehr in Umlauf gesetzt werden können. Nichtdestoweniger sind die im Umlauf befindlichen Dollarnoten weiter gültig. Unser Wissen sind bisher noch keine Dollarbanknoten und auch keine Dóllarmünzen außer Kurss gesetzt worden, und trotzdem noch den hiesigen Gesetzen ein solches Vorgehen möglich wäre, glauben wir nicht, daß im Einklang mit der bisherigen Gevollgenheit in absehbarer Zeit eine Währungssatzung von Dollarnoten oder -münzen in Fragen kommen würde.“

Der Hut ist in der Tat der geschmackvollste! erklärte der Maler mit einem raschen Seitenblick nach Mente.

Die Dame in der Sofaecke ließ die Vorngette sinken. So ist Bertha immer! Rigorös, höchst rigorös! Mit ihr faulen gehen, ist die anstrengendste Sache von der Welt. Ich bekomme schon immer eine nervöse Aufregung, wenn nur die Pferde eingespant werden.“

Aber, Mama, Gesichter, wie das meine, müssen sich mit Disziplin behandeln.“

Alle die Tassons wanderten durch die Hände, wurden geprüft, gelobt, getadelt.

Hans Kiewert stand seitwärts, wie in die Betrachtung und die Wichtigkeit der Wahl verlost, aber seine Blicke ruhten auf dem blonden Kopf, der biegsamen, jungfräulichen Gestalt, den kleinen, beweglichen Fingern der Verkäuferin.

Leuchtender Samt, blühende Jetverlen, gekräuselte und wellende Federn, Blumen und Schleifen! Es war in jeder Bewegung des Mädchens ein eigenartiger Reiz, der weiße Hals, auf dem unter dem Lockengewirr im Nacken zartblonder Flaum lag, die Linie von Brust und Hüfte — so viel Unbewußtes in ihr. Und das zwitschernde Süßchen im Gegensatz zu dem klaren, bewußten Tone der eleganten Dame.

Fräulein Bertha wählte und verwarf wieder.

Und was sagt Du, Hans?“

„Ich gebe dem den Preis!“ Er zeigte wieder auf den ersten Hut. Und damit Du unbefangen urteilen kannst, — das Fräulein hat wohl einmal die Güte, ihn aufzusezen!“

Mente folgte seinem Wunsche sofort. Es war als habe dieser Rahmen noch dem lieblichen Kopf gefehlt, — die lüstlichen blonden Haare leuchteten in erhöhtem Glanz, die Augen erschienen noch unschuldiger, die Farbe des lieblichen Gesichts frischer — sie sah das alles wohl selber im Nu, denn sie trat mit einer hastigen Bewegung zurück.

Aber — geradezu entzückend! rief die ältere Dame.

„Ein Rubens!“ sagte der Maler.

„Den mußt Du unbedingt nehmen, Bertha!“ rief seine Tochter.

(Fortsetzung folgt.)

General Löffows Vernehmung.

Unter besonders starkem Andrang beginnt heute die Vernehmung des Generals von Löffow. Die Abwertungsanträge sind besonders scharf, ebenso die Untersuchung der Anklage nach Waffen.

Löffow, eine hohe Figur von militärischer Straffheit, tritt mit Ruhe und großer Sicherheit vor Gericht auf. Auch er entwirft sein politisches Programm, das die Grundrichtung seiner Absichten bildete. Er macht seine Aussagen mit seifiger und lauter Stimme.

Sein politisches Programm war ein Direktorium, das die Bügel der Regierung ergriffen sollte. Dieses Direktorium sollte rechts eingestellt, rein national, mit diktatorischen Vollmachten ausgerüstet und unabhängig von parlamentarischen Einflüssen und Hemmungen sein. Ein Direktorium, das nur aus wenigen homogen eingesetzten Männern bestehend, die nötigen Maßnahmen treffen möchte, um Deutschland, das sich damals in vollem Sturm in den Abgrund befand, zu retten.

Die Herbeiführung dieses Direktoriums war nicht gedacht durch einen Putsch, sondern auf Grund der Möglichkeiten, die der Artikel 48 der Reichsverfassung bietet. Das Programm war folgendes: „An die Spitze des Direktoriums sollte ein Mann kommen, dessen Name nicht nur im Inland, sondern auch im Ausland Gültigkeit hatte. Eine erste Autorität sollte die Finanzen und die Währung sorgen, eine andere erste Autorität für die Ernährung sorgen, und eine weitere erste Autorität sollte die Staatsbetriebe, Post, Eisenbahn und Bergwerke in Ordnung bringen. Ein vierter Mann sollte endlich den Staatsapparat saubern. Es sollte ein Verteilungsbau in dem Sinne vorgenommen werden, daß das Revolutionsgewinnerium aus dem Beamtenkörper restlos entfernt wurde. Als sanierende Wirtschaftsmaßregeln kamen die Beseitigung des schematischen Achtundneunzigsten und die der beratenden Einflüsse der Trusts und Gewerkschaften in Frage.“

Ein kleiner Teil dieses Programms ist ja in den letzten Monaten unter dem Ausnahmestand, also unter einer Art von Diktatur durchgeführt worden. Ich bin heute wie auch die ganze Zeit über der Ansicht, daß viel Unheil erspart werden könnte, wenn die verantwortlichen Männer in Berlin dieses Programm schon viel früher durchgeführt hätten. Wir haben heute den Beweis, daß man es tun konnte. Hier sind also schwere Unterlassungsfürsäuden begangen worden. Ich war mit der Idee des Direktoriums und des Programms in jeder Beziehung einverstanden. Sie entsprach den Ideen, die ich hinsichtlich der Sanierung des Deutschen Reiches hatte.“

Vorbedingungen des Direktoriums.

1. Die Männer dieses Direktoriums müssen gefunden werden und auch einverstanden sein, dieses Amt zu übernehmen.
2. Das Programm für das Direktorium mußte nicht nur in nebstädtischen Umrisse bestehen, sondern es mußte gründlich durchgearbeitet sein, so daß in dem Augenblick, in dem das Direktorium die Bügel ergrißt, sofort Positives geschaffen werden könnte.
3. Die Persönlichkeiten müssen für das Direktorium die absolute Garantie dafür bieten, daß die Reichswehr geschlossen hinter dem Direktorium stand.

In die Zeit dieser Absichten fiel der Konflikt mit dem Reich und die Absicht des Marsches nach Berlin. Dieses Schlagwort, mit dem in patriotischen Versammlungen und in der bürgerlichen Presse Propaganda getrieben wurde, hatte für mich etwas Kindliches. Es spricht aus ihm ein Mangel an Verantwortlichkeit und Einsicht.

Es heißt in seiner Rede dann weiter: „Ich bin heute noch der Ansicht, daß das Direktorium das Richtige für Deutschland ist. In diesem Staat ist viel von der Lösung der Deutschen Frage gesprochen worden. Für mich gibt es viele deutsche Fragen. Für uns war die brennendste Frage die Herbeiführung des Direktoriums. Ich muß nun zu meinem Bedauern in diesem Zusammenhang etwas über den Konflikt Bayern - Reichsregierung sagen, der später leider unter dem Schlagwort „Der Fall Löffow“ viel Lärm gemacht hat. In der Nacht vom 27. September wurde der Ausnahmestand für das Reich beschlossen. Dieses Schlagwort machte mir den Eindruck einer kleinen bayerischen Partei, die sich angehoben hatten. Später hörte ich freudig, daß dieser Ausnahmestand seit langer Zeit vorbereitet war und andere Reichswehrkommandanten genaue Zeit vorher entsprechende Mitteilung erhalten hatten. Ich wußte nichts davon, und der bayerische Ministerpräsident, der zwei Tage vorher in Berlin gewesen war, hatte davon auch nichts gehört. Gehör übertrug alle

Ein Minderheitenblöd.

Slowenen und Deutsche in Tirol.

In der ersten Februarwoche trafen sich in Venetig die Führer der slowenischen Minderheit aus Görz und die Führer der deutschen Minderheit aus Südtirol zu einer gemeinsamen Tagung. Auf dieser Tagung wurde in gleichem Einverständnis beschlossen, bei den Wahlen die slowenische und deutsche Minderheitstimme zu koppeln. Es werden also in Tirol slowenische Abgeordnete und in Görz deutsche Abgeordnete in gleicher Weise kandidieren. Das Zeichen dieser übernationalen Vereinigung zweier verschiedenbölkischer Minderheiten ist das Edelweiß, das von der Lindenblüte überkreuzt wird.

Diesen Zusammenschluß, der in unserem Minderheitenblöd der Liste 16 sein Gegenstück und seinen Vorläufer erbliden kann, begleitet das führende Organ der deutschen Minderheit in Südtirol, „Der Tiroler“, der nach dem lächerlichen Verbot des uralten Namens Tirol seit kurzem unter dem Titel „Der Landsmann“ erscheinen muß, mit folgendem Kommentar:

„Die Verbrüderungstat der Görzer Slowenen und unserer Landsleute ist nicht nur politisch zu werten, sie ist eine Verbündungslinie großer Stils, eine Kulturstift von hoher, menschlicher Bedeutung. Diese über nationale Einigung zwischen Slowenen und Deutschen beweist, daß es Werte gibt, die über den Nationalismus hinausreichen, daß Volksrechte und Menschheitsrechte nie einander ausschließen, daß wahres Volkstum immer nur im Menschenumwelt verwurzeln kann und in diesem seine mächtigste Stütze findet. Im besten Sinne des Wortes national ist derjenige, der seinen Gesichtskreis über die Grenzen seines Volkes hinausweitet, der seine Kräfte von Volk zu Volk spannt, der den Mut hat, im Dienste seines Volkes übernational zu sein. In diesem Sinne spricht der große Slave Todor Michajlowitsch Dostojewski die Worte (Politische Schriften S. 471): „Denn wenn eine Nation für keine höheren Ideen, nicht mit höheren Zielen zum Wohl der Menschheit, sondern nur ihren eigenen Interessen“ lebt, so wird diese Nation untergehen.“

Die belgische Ministerliste.

Das belgische Kabinett soll jetzt gebildet sein und sich folgendermaßen zusammensezten: Finanzen: Theuns, Justiz: Masson (liberal), Auswärtige Angelegenheiten: Ohman, Wissenschaft: Nolf (katholisch), Krieg: Portomme (liberal), Eisenbahnen: Nejean (liberal), Innere S: Boulet (katholisch), Ackerbau und öffentliche Arbeiten: Ruyette (katholisch), Wirtschaftsminister: van de Wyve, Industrie und Arbeit: Heyman (christlicher Demokrat), Kolonien: vermutlich General Gilain.

Macht auf die Reichswehrkommandanten. In Bayern hatten wir nun zwei Ausnahmestände nebeneinander.

Am 27. begann nun ein lebhaftes Telefonieren aus Berlin. General Löffow sollte den Generalstaatssekretär Kahr an die Wand drängen, und alle Verantwortlichkeit sollte nur bei Löffow liegen. Man drückte dauernd auf mich. Nun stellte man sich vor, wie lächerlich es hier in München vorgekommen wäre, wenn morgens um 7 Uhr Herr v. Kahr platzieren, und wenn zwei Stunden später der damals Gott sei Dank noch unbekannte Löffow nun scherhaft das für falsch erklärt hätte, was Kahr vorher angeschlagen hatte. Berlin hatte jedoch einen bestimmten Grund. Man wollte in Sachen Ordnung schaffen und glaubte den Sachen durch Bayern einen Vorwand für den Ausnahmestand geben zu können. Die beiden Ausnahmestände waren eine rein politische Angelegenheit. Es ist ein verhängnisvoller Fehler Berlins gewesen, daß man rein politische Fragen durch den brutalen Drang der militärischen Kommandogewalt lösen zu können glaubte.

Der Anlaß, der politischen Zwang auszuüben, war ein Verbot des „Büllischen Beobachters“. Die Lage spitzte sich immer mehr und mehr zu, und ich bekam von Berlin aus den Befehl, dem bayerischen Generalstaatssekretär mit Waffengewalt ins Handwerk zu pfuschen. Das hätte Herr v. Kahr nicht anders als einen feindlichen Akt empfinden müssen, und ich hätte vor der Redaktion des „Büllischen Beobachters“ grüne Polizei gefunden, die ich nun in Ausführung meines Befehls durch Reichswehr hätte befehligen sollen. Das war der Gipelpunkt der Berliner Weisheit. Den Fall politisch zu erledigen, war nicht gelungen.“

Löffows Meinung über Hitler.

Ich lernte ihn am 28. Januar 1923 kennen. Es bestand damals ein leichter Konflikt zwischen Herrn Hitler und der Staatsautorität. Dann ludte mich Hitler in zwei Wellen auf: erste Welle Januar bis April, zweite Welle Oktober 1923. Die Initiative, wie ich hier betone, ist nichts von Hitler ausgegangen. Es war sein steter Wunsch, mich unter vier Augen zu sprechen; ich dagegen wünschte ihn nur in Gegenwart eines Zeugen, meines Generalstaatssekretärs, zu hören. Hitler erwähnte sein bekanntes Programm: Kampf gegen den Marxismus und die Novemberrevolution. Die suggestive Wirkung auf Hitler machte auf mich anfangs Eindruck. In vielem hat er zweifellos recht. Ich saß ihm aber höre, desto mehr zwang ich sie sich der Eindruck seiner Persönlichkeit ab. Wie für die aktivistischen Verbände, so galt auch für Hitler das bekannte Wort: Und der König absolut. Tat man Hitler einen Willen, so war alles gut. Könnte man das nicht, so war man eben unien durch. So kam der 1. Mai. Es war damals die Frage: Wer ist Herr im Staat, Hitler oder die Regierung? Hitler unterlag und das Ergebnis zwischen ihm und mir war gerichtet.

Am Oktober nach Erledigung der Aufrüstung kam Hitler wieder zu mir, weil er glaubte, die Zeit für seine Pläne sei gekommen. Seit dem „Deutschen Tag“ in Nürnberg schien in den militärischen Kampfverbänden der Sinn für das Mögliche ganz verloren gegangen zu sein. Hitler, der vorher bei seinen Unterredungen nichts für sich verlangt hatte, war jetzt nicht mehr der selbstlose Mann, für den er sich anfangs ausgegeben hatte. Hitler hielt sich für den „deutschen Camille“ und seine Umgebung, die das Erbe von Süd-Byzanz angetreten, hielt ihn für den deutschen Messias. Es entstand in Hitler der Plan, die Reichsdiktatur Hitler-Ludendorff zu errichten und von München aus Deutschland zu sanieren. Dieses Programm entwickelte er und suchte mich zu gewinnen.

Ich habe mit Seisser versucht, Hitler auf den Boden der Tatsachen wieder zurückzuführen, weil wir den gesunden Kern der Hitler-Bewegung für die nationale deutsche Arbeiterschaft erhalten hatten und weil wir Hitler nicht in einen Gefangen zu dem Staat hineingewungen wollten. Ich erzielte das Direktorium, Hitler das Reichsdirektorium Hitler-Ludendorff von Bayern aus. Die Darstellung Hitlers hierüber im Gerichtssaal ist zum größten Teil unrichtig gewesen. Hitler hielt sich für den Berufenen und alle anderen hatten seine Vorschläge zu akzeptieren. Hitler war der Ansicht, daß in dem Stumpf im Norden sich für das Direktorium niemand bereitfinden würde. Damit hat er leider Gottestracht gehabt. Ludendorff werde die Reichswehr mitbringen. Die Generale, so meinte er, lebten an der Futterkrippe und hielten sich zu Seestadt. Vom Major abwärts sei alles für Ludendorff.

Das französische Gelbbuch.

Das von uns schon mehrfach erwähnte Gelbbuch ist jetzt von den französischen Regierung der Presse übergeben. Es enthält im wesentlichen Dokumente über die Sicherheitsgarantien gegen einen deutschen Angriff. Auf 271 Seiten bringt es 48 Dokumente, deren erstes vom 10. Januar 1919 und deren letztes vom 8. Dezember 1923 stammt.

Das erste Dokument ist die in der Haupthand bereits bekannte Note des Marschalls Foch vom 10. Januar 1919 an die Bevollmächtigten der Mächte, um die zukünftige Westgrenze Deutschlands vom Standpunkt der militärischen Sicherheit zu prüfen. Foch kommt zu den Schlussfolgerungen: „Der Rhein muß benutzt und verteidigt und bereits im Frieden besetzt und organisiert werden. Die Wacht am Rhein muß der Sammelruf der Verbündeten werden. In Zukunft wird der Rhein die militärische Westgrenze des deutschen Volkes werden müssen. Deutschland muß jeder Zugang und jeder Waffenplatz, jede Territorialsovereinheit auf dem linken Rheinufer verwehrt bleiben, zu besetzen, die Nordsee zu erreichen und England zu bedrohen und Frankreich zu umgehen.“ Es handelt sich darum, für die Gesellschaft der demokratischen Völker des Westens aufrecht zu erhalten. Foch schlägt folgendes vor:

1. Deutschland jeden militärischen Zugriff und jede politische Propaganda auf dem linken Rheinufer zu versagen und vielleicht sogar dieses Gebiet durch eine neutrale Zone auf dem rechten Rheinufer zu schützen. 2. Die militärische Besetzung des linken Rheinufers durch alliierte Kräfte zu sichern. 3. Dem linken Rheinufer das notwendige Hinterland zu sichern für wirtschaftliche Tätigkeit, indem man sich mit anderen Weststaaten durch eine gemeinsame Zollvereinigung verbindet.

Am Ende der Note sieht Foch in klaren Ausdrücken die schleichende Mithilfe des Völkerbundes bei der endgültigen Regelung der „Sicherheiten“ vor.

Das zweite Dokument hebt hervor: 1. Das Misilo ist für alle Alliierten gemeinsam. 2. Wenn man die Angriffslist Deutschlands (1) aufheben will, muß man Deutschland nicht nur das linke Rheinufer, sondern auch die Rheinbrücken nehmen. 3. Die Sicherheit der westlichen und überseeischen Demokratien verlangt unter den augenblicklichen Verhältnissen, daß die Rheinbrücken von innen überwacht werden.

Im dritten Absatz der Note der französischen Regierung wird alsdann dargelegt, daß sowohl die Garantien, die aus einer Begrenzung der deutschen Militärbesitzungen als auch aus der Schaffung des Völkerbundes hervorgehen, ungemäßig seien. Nach den längeren Ausführungen kommt dann der dritte Absatz zu der Schlussfolgerung, daß Frankreich gegenüber einem Deutschland, dessen Völkerstand doppelt so groß sei wie der französische, „ihnen“ die Garantien notwendig habe. Die einzige Möglichkeit sei die Bewachung der Rheinbrücken durch interalliierte Streitkräfte.

Ferner sind in dem Gelbbuch enthalten: die Arbeiten der Friedenskonferenz. Bei der Behandlung der Konferenz von Genf wird über die wichtigsten Telegramme nichts gesagt. Ausgiebig äußert sich über Poincaré über den Vertrag von Rapallo,

dessen Abschluß er als eine augenfällige Bedrohung für den Frieden bezeichnet. Er schreibt dazu:

Es ist klar, daß ganz Deutschland weit weniger Wert auf die Bestimmungen, als auf die allgemeine Bedeutung des Vertrags von Rapallo legt, und daß es in ihm den ersten Schritt zu einer weitgehenden Annäherung zwischen ihm und Russland erüttelt, der die Möglichkeit schaffen soll, die Westmächte matt zu sehen und seine Revanche vorzubereiten. (1)

Es ist zwar nicht ganz sicher, daß der Vertrag von Rapallo geheime Anhänge mit militärischen Bestimmungen hat, aber eine russisch-deutsche Militär-Entente ist nicht destoweniger eine illustrierte Gefahr.

Die weiteren Dokumente des Gelbbuches weisen übereinstimmend die Tendenz auf, die englische Regierung als die Partei hinzu stellen, der am wenigsten an dem Zustandekommen des Weltkrieges beteiligt ist.

In kurzen Worten.

Man muskelt vom Sturz Poincarés. Infolge der Vorgänge im französischen Senat verdichten sich immer mehr die Gerichte über den Sturz Poincarés. In Neuwalter Finanzstreit spricht man von einem baldigen Rücktritt Poincarés, der Frankreich politisch und wirtschaftlich in eine sehr schwere Lage gebracht habe.

Der französische Senat gegen das Ermächtigungsgesetz. Die Finanzkommission des Senats sprach sich mit 18 gegen 7 Stimmen und 2 Stimmenthaltungen gegen das Ermächtigungsgesetz aus. Das bedeutet in Wirklichkeit eine scharfe Stellungnahme gegen Poincaré, der jetzt seine Hoffnung auf das Plenum setzt.

Die Separatisten in der Pfalz wählen von neuem wieder. Der Sonderausschuß der Enquete ist gestern in Speyer eingetroffen. Englands Vertreter waren bereits dort.

Grafverfahren gegen den ehemaligen Ministerpräsidenten von Sachsen Dr. Seigner. Den Angriff gegen in Deutschland und auch darüber hinaus nicht ganz unbekannten ehemaligen Ministerpräsidenten Dr. Seigner bildet hauptsächlich Bestechungssätze. In einem Falle wird schon jetzt von Dr. Seigner nicht bestritten, daß er sich eine größere Geldsumme von einem Landwirt hat geben lassen. Die Verhandlung wird ja über diese Art des Kommunismus, wie ihn Herr Dr. Seigner aufzeigt, näheren Auskunft geben.

Lohn- und Streikbewegung in Boda. In der Bodaer Industrie sind abermals Unruhen wegen der Lohnfrage entstanden. Es ist zu Teilstreiks einiger Berufsklassen gekommen.

Ein Duell des ehemaligen Kriegsministers Szepinski. Am Sonntag morgen fand ein Duell zwischen dem ehemaligen Kriegsminister Szepinski und dem Gesandten der Industriellen und Bergarbeiter statt. Das Duell verlief unblutig. Nach dem Kugelwechsel reichten sich die Gegner die Hände.

Letzte Meldungen.

Herabsetzung der Kohlenpreise.

Die Kohlenindustrien im Oberschlesien haben den Kohlenpreis um 5-10 Prozent ermäßigt. Zwischen Vertretern der Industriellen und Bergarbeiter finden Verhandlungen über eine weitere Reduktion der Löhne und Verlängerung der Arbeitszeit statt.

Die Breslauer Frühjahrsmesse.

Unter starkem Andrang von Gästen wurde gestern die Breslauer Frühjahrsmesse eröffnet. Der Zustrom der Gäste ist ein außerordentlich starker. Alle Säle sind überfüllt. Sehr stark ist der Zustrom aus Polen und der Tschechoslowakei. Die Preishäufigen waren sehr stark überfüllt, so daß man kaum vorwärts konnte. Die ganze Veranstaltung wird von dem schönen Großwetter begünstigt. Der Aufbau der Messe ist geschickt und zweckmäßig geplant. In dem bekannten Zoologischen Garten Breslaus befindet sich die Tropen- und Venußmittelmesse. Die ersten Künstler Deutschlands sind vertreten. Der Besuch ist ebenfalls ein außerordentlich starker. Wir werden morgen Näheres bringen.

Aus dem Gerichtsaal.

* Thorn, 11. März. Zwei interessante Gerichtsverhandlungen in Sachen der „Nationalkirche“ landen hier statt. Im ersten Prozeß klagte der bisherige Stadtpfarrer, Rechtsanwalt Michalak, gegen den Organisator der Nationalkirche, Heindl, wegen Beleidigung. Das Urteil lautete auf zwei Wochen Gefängnis. Im zweiten Prozeß klagte der Vorwärts von Pommerellen, Jan Wreszki, gegen den Nebatteur Wreszki, den bislang „Stowno Pomorskie“, weil er sich durch einen in dieser Zeitung erschienenen Artikel unter der Überschrift „Hinter den Kulissen der Nationalkirche“ beleidigt fühlte. Nach fünfständiger Verhandlung wurde das Urteil gefällt, das gleichfalls auf zwei Wochen Gefängnis lautete. Der Verurteilte legte dagegen Berufung ein.

Die heutige Ausgabe hat 6 Seiten.

Berantwortlich für den gesamten politischen Teil Robert Strauß; für Stadt und Land Rudolf Herbrechtsmeier; für Handel und Wirtschaft und den übrigen unpolitischen Teil Robert Strauß; für den Anzeigenteil M. Grundmann. — Druck u. Verlag der Pozner Buchdruckerei u. Verlagsanstalt, T. A. sämtlich in Poznań.

KOHLE allererster Qualität aus den bekannten Gruben der A.-G. Giesches Erben liefert billigst weil zu Konzernpreisen unter Bezahlung nach Erhalt der Kohle.

Rolnik w Poznaniu Sp. z o. odp.

ul. 27. Grudnia 11.

Telegr.-Adresse: Spoirolnik Poznań.

Telephon: 2501, 2213, 2118 und 3901.

Was wird Poznań faszinieren?

Die Sklavin der Liebe.

Modell-Ausstellung
ab 15. März d. Js.

Spezial-Fels-Abteilung

Modell-Ausstellung
ab 15. März d. Js.



POZNAN, Kantaka nr. 1.
Telefon 1128.

Allererste Herren- und Damen-Schneiderei

Ab Sonnabend, dem 15. März d. Js. Pariser u. Wiener Modell-Ausstellung Kostüme, Damen-Mäntel, Promenaden-, Gesellschafts-Kleider, Herren-Anzüge und Paletots.

Modell-Ausstellung
ab 15. März d. Js.

P.S. Die Leitung meiner Schneider-Ateliers der Damenabteilung übernahm Herr Józef Jankowski, langjähriger Mitarbeiter erster Pariser Weltfirmen, in den letzten 10 Jahren bis 29. Februar d. Js. inkl. Zuschneider und Modellierer des bekannten Warschauer Hauses Boguslaw Herse.

Modell-Ausstellung
ab 15. März d. Js.

Arbeitsmacht

Suche zum 1. 4. d. Js. für mein 1200
Mig. gr. Rübengut u. m. Zeitung einen
evgl. Beamten
der der polnischen Sprache in Wort und Schrift mächtig ist
Lebenslauf, Zeugnisse u. Gehaltsbedingungen einzureichen an
Ekonominrat Peschken, Podobowice, pow. Znin.

Zum 1. Juli d. Js. gesucht verheirateter
evangel. Inspektor
der volkischen Sprache in Wort und Schrift mächtig mit
besten Zeugnissen für ca. 1400 Morgen sehr leichten Boden.
Franz v. Kalckreuth, Muehocin
vom niedrigen.

Wir suchen zum 1. 7. d. Js. ländlichen,
zuverläss. Brenner
der auch mit Flöckensfabrikation u. elekt. Anlage vertraut ist.
Herrnhof Lekno, pow. Sroda.

Dom. Sukowy b. Kruszwica, pow.
sucht zum 1. April d. Js.

einen Speichervogt,
mit Müllerlei und elekt. Anlage vertraut.
einen Maschinisten,
welcher sämtliche Reparaturen an Dreschsägen und Müh-
maschinen machen muß.
Bewerbungen an die Gutsverwaltung. 15862

Suche zum 1. April einen
tüchtigen, verheiratet., **Gärtner.**
Kreishaus nicht vorhanden. 15852
Rittergut Bronikowo, Kreis Smigiel.

Gesucht für großen Landhaushalt evangelische

Wirtin,
welche in seiner Küche, Baden und Einweden polnisch
sprech nd. keine Ansprachnahmen außer dem Haufe. Gute
Tauglichkeit. Aufführliche Angebote mit allem Nähern und
Gehalt an polnische um. N. D. 5830 an die Geschäftsst. d. Bl.

Jüngeres, fleißiges
Dienstmädchen,
eventl. auch ältere Frau für kleinen Haushalt
und zu Kunden sofort geöffnet.
Haberkorn, Glogowska 98 III.

Jedes Quantum

Schafwolle

(ungewaschen)

kauft zu den höchsten Tagespreisen
auf Basis der Dauervaluta

Spółka-Akcyjna „ROLA“

Poznań, św. Marcin 48.

Tel. 2895 u. 2896. Tel.-Adr.: „ROLA POZNAN“.

Spielplan des Großen Theaters.

Mittwoch, den 12. 3. „Carmen“, Oper von Bizet.
Gastspiel M. Semitski.
Donnerstag, den 13. 3. „Eugen Onegin“, Oper von Tchaikowski.
Freitag, den 14. 3. „Aida“, Oper von Verdi.
Gastspiel des Herrn M. Semitski.
Sonnabend, den 15. 3. „Dämon“, Oper v. Rubinstein.
Sonntag, den 16. 3. nachm.: „Faust“, Oper v. Gounod.
(Erinnerte Preise.) Abends: „Madame Butterfy“, Oper von Puccini. Gauspiel
Herrn Leibich.

Den schönen Männern

wünscht das Glück: „Wenn Frauen
regieren“. Das erfuhr der junge
Leutnant Masham am Hofe der
Königin Anna.

Teatr Pałacowy, pl. Wolności 6,
Beginn der Vorstell. um 4 $\frac{1}{4}$, 6 $\frac{1}{4}$, 8 $\frac{1}{2}$ Uhr.

Weißnäherin

gesucht, auch zum Wäscheausbessern für mehrere Wochen
ins Haus. **Frau Sprockhoff, Luboń (Poznań).**

Schäfer

mit euren Zeugnissen und mit
einem Gedicht sucht Stellung
am 1. April d. Js.
Schäfer Baumann, Boruszyn
v. Chociiza, str. Jacobin.
Jung, Mädchen, darf, w.
im Haushalt und Namen be-
wundert ist, sucht Stell. von
gleich oder spät. Ang. mit
Gehaltsang. an Joh. Apo-
linarski, Mochy, pow.
Wolsztyn. 15905

50 Jahre alt verb., ein
Kind, mit sämtlichen Ob-
liegenheiten aufs beste
vertraut, sucht wegen Li-
quidierung des Gutes, es
sucht auf gute Zeugnisse
Landwirt,
und Empfehlungen, v. 1. 4.
1924 oder später möglichst Dauerstellung.
Schoepke, Górkia, poezta Kobylin.

Gutsverwalter,

(Vater). 31 Jahre alt, verheiratet, mit langjähriger Erfahrung
auf 5 intensiv bearbeiteten Gütern, sucht vom 1. Juli d. Js.
passende Stellung. Nimmt gern vernachlässigtes Gut in
Bewaltung. Augenblicklich in ungestandener Stellung.
(Kujawien). Gef. Angeb. unter 5890 an die Geschäft. d. Bl.

Förster,

verheiratet, 33 Jahre alt, gut erzogen im Fach, sehr gute
Zeugnisse stehen zur Seite. sucht Stellung zum 1. 4. 1924
oder später. Angebote bitte zu richten an

Holzhandlung Poznań,
al. Jasna 17.

Kartoffel-Export.

Kaufan sämtliche gesunde Sorten an

bevorzugt sind:

„Magnum Bonum“, „Up to date“, sowie andere gleich-
wertige weiße Kartoffeln von leichtem Boden mit Gesundheits-
attest. Uebernehmen dank unserer guten Auslandsbeziehungen
Durchführung großer Uebersee transaktionen und erbitten sofor-
tige präzise bemerkerte Angebote.

Bigalke & Gerth G. m. b. H., Danzig
Neugarten 22 (neben dem Volkstag). Tel. 6726.

Telegramm-Adresse: „Bigerland, Danzig“.

Achtung! Die neuesten Modelle
für Damen Hüte
besitzt nur die
Hutfabrik H. Neisser, Skarbowa 17, part.
Nach diesen Modellen werden Damen-, Herren- und
Kinderhüte fachmännisch schnell umgepflastert u. gefärbt.
Offeriere moderne Linienformen, sowie
saisonne Heilheiten.

Swinemünder Zeitung Amtl. Kreisblatt für den Kreis Usedom-Wollin

80. Jahrgang

Weitverbreitete, angesehene Tageszeitung
In weitem Umkreis am meisten gelesen

Täglich über 10000 Auflage

Leckeres Anzeigenblatt. — Viele kleine
Anzeigen. — Lizenzen haben durch-
schlagenden Erfolg. — Hervorragender
Nachrichtendienst. — Eigene Berliner
Redaktion. — Gutes Provinz- u. Heimatblatt.

Herrsch. Villa

solide gebaut, ruhige Lage, gegen gute Dafuta zu ver-
kaufen. Großpoen. Geälteste Angebote unter Nr. 5909
an die Geschäftsstelle dieses Blattes erbeten.

Stationäre Lokomobile (Woll)

80—100 ps. 1902, Compound
2 Schwungräder in sehr gut. Zustande
verkauft

Maszyna Rolnicza

Telephon 2671. Poznań, ul. Woźna 19. Telephon 2671.

Ich kaufe zur sofortigen Lieferung:

Saatkartoffeln

besonders

frühe Sorten

Da die Lieferungen bis 25. März d. J. erfolgt
sein müssen, erbiete schnellstes Angebot.

Wilhelm Werner,

Poznań, plac Wojsko 18.

Telephon 81-03 und 40-88.

Achtung!

Brennereien, Ziegeleien,
Mühlenbesitzer und Inhaber
von Lokomobilen und Sauggasmotoren

Prima Braunkohlen (ia.)

aus der Provinz Posen

Gattung: Förderkohle u. Stückkohle
haben waggonweise zu den billigsten
Tagespreisen abzugeben

Sierakowskie Kopalnie Węgla

Tel. 29.

Sieraków n. W.

Unsere Leser und Freunde

Bitten wir, bei Einkäufen
sich auf das

Posener Tageblatt zu berufen.

Empfehlen zur sofortigen Lieferung:

Chilisalpeter Superphosphat

für Getreide aus neuer Ernte sowie gegen fertiges Getreide.
Ab unseren Lagern:

Thomasmehl, schwefelsaures Ammoniak, Kalkstickstoff, Kalisalze.

Wir kaufen zu guten Preisen zur Abladung März/April:

Saatkartoffeln

von frühen bis späten Sorten
anerkannte u. nichtanerkannte.

Speise- und Fabrikware.

Offerieren günstig auf eigenen Reinigungsanlagen bestens gereinigte
erstklassige

Klee-, Gras-, Rübensamen, Hülsenfrüchte, Sommergetreide.

Poznański Bank Ziemię A.-G.

Landw. Handels-Abteilung

Zentrale: Poznań, Podgórska 10.

Filialen: Bydgoszcz, Grudziądz, Leszno, Ostrów, Katowice,
Warszawa, Wilno.

Zur Frühjahrsbestellung Hallen- Drillmaschinen

Fabrikat Zimmermann. 1½—3 Meter, sofort Lieferung.

Karl Mielke, Chodzież

Maschinenfabrik. (No. mat.)

Alt-Blei

► von alten Bleiröhren (Weißblei).
► sowie alle leeren Zinn- u. Bleituben
kaufst jedes Quantum

Poznańer Buchdruckerei u. Verlagsanstalt T. A.

Als Ersatz für ausgewinternte Wintersachen

empfiehle

„Sommerweizen“

hochertragreich, brandfrei, zur höchsten
Marktnote und 25 Prozent Aufschlag.

Saatzuchtwirtschaft

Wielka Słupia bei Środa.

I. Hypothek

(30—40 000 Gmt)

auf komfortables

Grundstück in Deutschland

■ sofort geucht. ■
Off. Nr. 4549 in Amnon-Gyeb. C. B. „Express“,
Bydgoszcz.

Suche
Landwirtschaft
von 40—80 Morgen z. kaufen
oder solche auch größere in
Lach zu nehmen. Übernehmen
auch Stell. auf Gut od. Vorwerk.
E. Wendland, KuszeWO,
Poł. Popowo-Kol.

Empfehlen zur Anwerbung:
Przewodnik po Poznaniu
Nr. 8. 208 S. m. Allm.
Poz. Text. 1 500 000 M.
Wir bieten an: Historie
v. Mayer, Geschichte und
Geographie der deut-
schen Eisenbahnen, vier
Bde., geb.

Karl May's Werke, 46
Bde., wie neu, geb., nur
aufwanden verfallen.

Ausahl, Der Fechtsport,
aeb., m. zahlr. Abbildung.

Schäfer, G. Landspiele.

v. Eschenbach, Erste Hilf,
bei plötzlichen Unglücks-
fällen m. 193 Abbild., geb.

Dr. Furde, Wallenstein.

Dr. Leon, Das Pfadfinder-
buch, m. zahlr. Abbild., geb.

Neu:

at. Wörterbuch für Hütten-
und Maschinenleute.

Daubert, Beiträge zur
ehemaligen Provinz Posen,
1815—1847.

Dr. Ritter, Die Krebs-
krankheit.

Konrad, Kleine polnische
Gymnologie.

Prof. Dr. A. Węglowski,
Chirurgia operacyjna.

Das Posener Land-Wörter-
buch und Regenau, 2. Teil:

Gewässer, Klima, Pflanzen,
Tier von Herrn Schulte.

Poznańer Buchdruckerei
und Verlagsanstalt T. A.

Poznań, nica Swierzyńska 6.

Abt. Versandbuchhandlung.



Erfahrener Landwirt

mit best. Reiterungen. Pole 8. N.

sucht Gut

2—5000 Morgen) zu wähligen Kaufm. kann gestellt
werden. Offen u. „Komorze 5906“ a. d. Gesell. d. Bl.

Empfehlen zur sofortigen
Lieferung ab meinem Lager:

Kompl. Kachelöfen

Kochherde

Transport-Kachelöfen

in verschiedenen Farben und Größen.

F. Klupsch, Wrzysnia, Gnieźnieska 1.

2½ und 3" unbeschlagene

Wagenräder

hat stets auf Wagen und Preiswert abzugeben Radfabrik
Góra, powiat Jarociń. (5918)

französisch. und engl.

Unterricht

erteilt gewissenhaft gegen
mäßiges Honorar.

Gen. Offerten u. v. 5. 5556
an d. Gesell. sit. d. Blätter

Sie ersparen viel Geld

durch Reklamation
der Frachtbriefe.

Unentgeltlich Prüfung aller
eingefandnen Frachtbriefe und
dagegen mäßiges Honorar
wird eifrigreiche Reklamation
ausgeführt durch das (5754)

Reklamationsbüro

E. Kolmaun, Poznań,
Przezynia 7. Tel. 5433
(am Biologischen Garten).

Wohnungen

2 möbl. Zimmer,
einzeln, evtl. zusammen vor
sofort zu vermieten.
Off. bitte unter 5886 an die
Gesell.elle d. Bl.

Gut möbl. Zimmer,
mgl. Zent., m. elektr. Licht,
nicht bess. Herr. a. 1. 4. Off. u.
v. 3. 5885 a. d. Gesell. d. Bl.

Versetze Schneiderin sucht

Zimmer

zwecks Eröffnung einer Schne-
iderin beizubringen. Comp.
Ang. u. 5914 a. d. Gesell. d. Bl.
erbeten.